

Die Danziger Zeitung erscheint täglich, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage, zweimal, am Montage um Nachmittags 5 Uhr. — Bestellungen werden in der Expedition (Gerbergasse 2) und auswärts bei allen Königl. Postanstalten angenommen.

Danziger Zeitung.



Preis pro Quartal 1 Thlr. 15 Gr., auswärts 1 Thlr. 20 Gr.
Inserate nehmen an: in Berlin: A. Reimer, in Leipzig: Ollig & Söhn, in Hamburg: Hagenbeck & Vogler, in Frankfurt a. M.: Jäger'sche, in Altona: Neumann-Hartmanns Buchdruckerei.

Telegraphische Depeschen der Danziger Zeitung.

Angelommen 10 Uhr Vormittags.
Wien, 9. März. An dem Finanzausschus stellte der Minister Meesery bei Berathung des Berichtes des Subcomités die Alternative: den Vorschlag der Regierung einfach entweder anzunehmen oder abzulehnen. Er fügte hinzu, daß die Regierung keinen Vertreter zu diesen Berathungen des Ausschusses schicken werde, worauf die Commissare der Regierung sich entfernten. Der Antrag des Grafen Kinsky: der Finanzausschus folle im Hause über den Brütschen Antrag Übergang zur Tagesordnung beantragen, wurde mit 17 gegen 12 Stimmen angenommen, ebenso der Antrag auf Überweisung des Budgets pro 1866 an den Sechszehnähriger Ausschus. Bei der Berathung über den Etat des Kriegsministeriums wurde der Antrag Bresl's und Giselberg's auf Abstreitung von 1½ Millionen Gulden mit 18 gegen 16 Stimmen angenommen.

Angelommen 12 Uhr Mittags.

Wien, 9. März. Die "Österreichische Zeitung" hört, daß die Aufhebung des Belagerungszustandes in Galizien noch im Laufe dieses Monats erfolgen dürfe.

(W.T.B.) Telegraphische Nachrichten der Danziger Zeitung.

Wien, 8. März. Im heutigen Privatverkehr Anfangs sehr laut, gegen Schluss besser. Creditactien 183,10, Nordbahn 182,30, 1866er Loos 92,90, 1864er Loos 86,95, Staatsbahn 197,80, Ga- lizier 223,20.

Landtagsverhandlungen.

(L. L.-C.) 16. Sitzung des Abgeordnetenhauses am 8. März.

Ein Abg. zeigt seine Erkrankung in Folge des Auges im Hause an. Ferner verliest Präsident Grabow das Schreiben eines armen Familienvaters, der die Mitglieder des Hauses zu Tauspathen bei seinem jüngst geborenen Kinde einlädt. (Große Heiterkeit.)

Der Gesetz-Entwurf, betr. die Gerichtskosten für Nachlakrifikationen, wird nach den Abänderungsanträgen der Commission fast einstimmig angenommen. Der Referent Abg. Wachsmuth motiviert den Antrag der Commission: eine Ermäßigung der Gerichtskosten bei Nachlakrifikationen, damit, daß sie auf Witwen und Waisen gerade in den bedrängtesten Augenblicken, da ihnen der Ernährer eben entrissen, fallen. Der Herr Justizminister sagt, daß er im Augenblick sich über die Annahme des eben beschlossenen Gesetzentwurfs Seitens der Regierung noch nicht erklären könne.

Zu dem Gesetzentwurf, betreffend die Überweisung von Geld- und Geldwert-Papieren aus den Depositarien an die Empfänger durch die Post, hat die betreffende Commission einige Abänderungen vorgeschlagen, mit denen sich die Regierung einverstanden erklärt. Der Abg. Ottow wünscht Benutzung der Postanweisungen. Der Justizminister sagt dies für die Zukunft zu. — Nach § 1. des Ges.-Entw. soll die Überweisung von Depositalgeldern von über 50 Rpf. erfolgen können, wenn sie von den Empfängern "mündlich zu gerichtlichem Protokoll" verlangt ist. — Abg. Gerichts-Director Wachler beantragt, daß auch die Dorfgerichte zur Aufnahme solcher Erklärungen befugt sein müßten. — Der Justizminister erklärt, daß, so wie das Gesetz zu Stande gekommen sein werde, er keine Zweifel habe, daß auch solche mit den Interessenten aufgenommene Erklärungen zugelassen wer-

den würden. Er habe das Vertrauen zu "seinen" Richtern (Heiterkeit, der Schlussatz wird dadurch unhörbar). Durch die ganze Deposital-Verwaltung ziehe sich der Grundzusatz, es könnten Zahlungen erhoben werden auf Grund von Urkunden, die der Recognition nicht bedürfen. Dieser Grundzusatz solle durch das Gesetz nicht geändert werden. Ein Bedürfnis zu einer Änderung vermöge er nicht anzuerkennen. Die Dorfgerichte seien größtentheils mangelhaft und mit den speziellen Verhältnissen nicht genügend vertraut. — Abg. Wachsmuth befürwortet das Wachler'sche Amendment, indem er bemerkt, daß die "Königlichen" Richter mit dem, was der Justizminister gefragt, nicht einverstanden sein würden. Abg. v. Biene unterstützt das Amendment Wachler. So wie die Dorfgerichte in Schlesien bestellt seien, könne man ihnen solche Beglaubigung wohl anvertrauen. Erleichterungen und Ersparniss an Zeit seien für die ländliche Bevölkerung von der größten Wichtigkeit. Der Justizminister erklärt hierauf, daß er im Interesse des Zustandekommens des Gesetzes kein so erhebliches Gewicht auf seinen Widerspruch legen wolle. Abg. Wachler erklärt sich entschieden gegen die Auskauung des Herrn Justizministers, in sofern derselbe von seinen Richtern sprach. Er glaubt, daß die preußischen Richter sich nicht für den Richter des Herrn Justizministers ansehen. Wir halten uns — sagt der Abg. — an die Verfassung, nach welcher wir eine andere Stellung einnehmen, und ich glaube auch, daß der Herr Justizminister es in diesem Sinne nur gemeint habe. — Es werden alsdann noch einige Amendments zu dem Gesetz-Entwurf eingebracht. In Folge dessen wird der Gesetz-Entwurf auf Wunsch des Justizministers nochmals an die Commission zurückgewiesen. Es folgt die Berathung über die Petition der Stadtverordneten zu Breslau und des Magistrats in Bromberg. Bekanntlich hatten die Stadt-, Bers. und Magistrate mehrerer Städte in Folge der Preßverordnung beschlossen, bei S. M. um Aufhebung der Verordnung zu petitionieren. Der Minister des Innern erließ am 6. Juni 1863 ein Rescript, durch das er den städtischen Behörden die Entsendung von Deputationen und die Abfassung von Adressen in Angelegenheiten der Staatsverfassung und des Landtages und der allgemeinen Politik untersagte und die Communal-Aufsichtsbehörden aufforderte, mit aller Entscheidlichkeit derartigen Übergriffen entgegenzutreten. In der That wurden mehrere Strafverfügungen theils erlassen, theils angedroht, als mehrere städtische Körperschaften Deputationen oder Petitionen beschlossen oder darüber verhandelt hatten. Obengenannte Petition bitte um a) Adressen an S. M. den König herab und solche Angelegenheiten in Berathung nehmen zu dürfen b) Die Anordnung der R. Regierung, daß der Stadtverordneten-Borscher diesen Gegenstände nicht zur Berathung stellen darf, welche ihm nicht als zulässig erscheinen oder von der Aufsichtsbehörde als solche bezeichnet sind, als nicht gesetzlich begründet zu erachten. Die Commission beantragt, wie wir ausführlich mitgetheilt, Überweisung der Petitionen zur Berücksichtigung.

Abg. Hübner: Die Annahme der Commission, daß den Stadt-, Bers. dasselbe Petitionsrecht zustehe, wie jedem einzelnen Bürger, kann Redner nichttheilen. Denn eine Stv.-B. sei keine Corporation, auch keine Behörde, somit wisse Redner nicht, wie die Petitionsfreiheit auf die Stv.-B. auszudehnen. Dieselben seien eine Versammlung von Repräsentanten der Bürgerschaft, nichts weiter und eben so wenig eine Behörde oder eine Corporation. Art 32 der Bers. enthält über den Umfang der Petitionen keine Vorschrift. Aus dem § 35,

* Was sich Berlin erzählt.
Die Nichte Barnhagens, Ludmilla Assing, hat wieder einmal die Pandorabüchse ihres Oheims geöffnet und bei Brodhaus in Leipzig "Briefe von Stägemann, Metternich, Heine und Bettina von Arnim", nebst Briefen, Anmerkungen und Notizen von Barnhagen von Ense selbst erscheinen lassen. So interessant auch einzelne dieser mitgetheilten Schriftstücke sind, so dürrsten doch die beigegebenen Notizen, welche wohl schwerlich für die Öffentlichkeit bestimmt waren, gerechtes Bedenken erregen. Dieselben enthalten die Privatmeinungen Barnhagens über die Briefschreiber, flüchtige Skizzen, verschiedene Characterzüge, darunter piquante Anecdotes und Beiträge zur Standal-Literatur, die besser für immer im Verborgenen geblieben wären, da sie meist nur subjektive Ansichten, die man wohl dem Papier zuweisen anvertraut, aber gewiß nicht leicht in guter Gesellschaft ausspricht, enthalten. Das Unrecht und die Tacitlosigkeit ist um so größer, weil die Todten sich gegen die ihnen aufgebürdeten Vorwürfe nicht verteidigen können. — Von den einzelnen Briefen ist zunächst ein Schreiben "Metternichs" über die Rückkehr Napoleons von Elba im hohen Grade bemerkenswerth. „Die erste Kunde der Entfernung Napoleons von Elba, berichtet der österreichische Staatsmann, habe ich und zwar auf folgende Weise erhalten. Eine Conferenz zwischen den Bevollmächtigten der fünf Mächte hatte sich in meinem Cabinette in der Nacht vom 6. auf den 7. März bis nach drei Uhr früh erstreckt. Da die Cabinette zu Wien vereint waren, so hatte ich meinem Kammerdiener den Befehl erteilt, mich, wenn Courriers spät Nachts ankämen, nicht im Schlaf zu 6 Uhr früh eine mittlere Envelope angelangte „dringend“ bezeichneter Depesche. Als ich auf dem Couverte die Worte: „Vom R. R. Generalconsulat zu Genua“ las und kaum 2 Stunden zu Bett war, legte ich die Depesche uneröffnet auf den neben mir stehenden Nachttisch und überließ mich wieder reich zu Gebote stehen. Gegen 7½ Uhr entschloß ich mich, die Schrift zu erbrechen. Sie enthielt in sechs Zeilen die Anzeige: Der englische Commissär Campbell sei so eben in dem Hafen erschienen, um sich zu erkundigen, ob sich Napoleon zu Genua nicht habe blicken lassen, denn von Elba sei er verschwunden, worauf in Folge der verneinenden Antwort

die englische Fregatte ungefähr wieder in See gestochen sei! In wenigen Minuten war ich angekleidet und vor acht Uhr bereit bei dem Kaiser. Derselbe las den Bericht und sprach ruhig und gesetzt, wie er dies in allen großen Angelegenheiten war, die folgenden Worte zu mir: „Napoleon scheint den Abenteuer spieler zu wollen; dies ist seine Sache. Die unsere ist, die Ruhe, welche er Jahre lang gesetzt, der Welt zu sichern. Gehen Sie ohne Verzug zu dem Kaiser von Russland und dem König von Preußen und sagen Sie ihnen, daß ich bereit bin, meiner Armee alshald den Rückmarsch nach Frankreich zu befehlen. Ich zweifle nicht, daß die beiden Monarchen mit mir einverstanden sein werden.“

Um 8½ war ich beim Kaiser Alexander, welcher mich mit denselben Worten beschied, wie Kaiser Franz. Um 8½ Uhr erhielt ich dieselbe Erklärung aus dem Munde des Königs Friedrich Wilhelm. Um 9 Uhr war ich zu Hause, wohin ich bereits den Feldmarschall Fürst Schwarzenberg entboten hatte. Um 10 Uhr stellten sich auf meine Aufforderung die Minister der vier Mächte bei mir ein. Um diese Stunde waren bereits Adjutanten in allen Richtungen unterwegs, um den rückziehenden Armee-Abtheilungen den Befehl des Haltmachens zu überbringen. Sie sehen, daß der Krieg in weniger als einer Stunde beschlossen war. — Als sich die Minister bei mir einstellten, war ihnen das Ereignis noch unbekannt. Talleyrand war der Erste, der eintrat; ich gab ihm den Bericht aus Genua zu lesen. Er blieb kalt, und zwischen uns fand das folgende lakonische Gespräch statt: Talleyrand: Savez vous où va Napoleon? — Moi: — Le rapport n'en dit rien. T.: Il débarquera sur quelque côte d'Italie et se jettera en Suisse. — M.: Il ira droit à Paris!

In einer Reihe von Briefen bespricht Heine seine Verhältnisse und eröffnet zugleich einen Einblick in die literarischen Zustände jener Zeit. Besonders interessant ist seine Charakteristik Lassalle's, den er an Barnhagen dringend empfiehlt. Herr Lassalle, schreibt er unter Andern, ist nun einmal so ein ausgeprägter Sohn der neuen Zeit, die nichts von jener Entzagung und Bescheidenheit wissen will, womit wir uns mehr oder minder heuchlerisch in unserer Zeit hindurchgelangert und hindurchgesetzt. — Dieses neue Geschlecht will genießen und sich geltend machen im Sichtbaren; wir, die Alten, beugten uns demütig vor dem Unsichtbaren, haschten nach Schattenküschen und blauen Blumengeschenken,

Beitung.

der so klar den Stadtv.-Berl. den Kreis ihrer Geschäfte anweist, sollte hervorgehen, daß die Gemeinden auch andere Angelegenheiten betreiben dürfen, als die ihr zustehenden, solche, wie sie etwa Privatpersonen nach der Bers. vornehmen dürfen. Die Grenze zwischen Communal- und Staatsangelegenheiten möge nicht immer leicht zu ziehen sein, man werde immer eine verständige Beurteilung des vorliegenden Falles in Anwendung bringen müssen, aber darüber könne kein Zweifel sein, daß die Presse über dem Niveau der Stadtv.-Bers. liege, denn sonst gebe es zuletzt nichts, das nicht in den Wirkungskreis dieser Versammlung falle, wie man z. B. dann auch die Marine hineinziehen könnte. Von dem kommunalen Standpunkt aus könnten jene Petitionen keine Begründung finden, es handle sich darin nur um politische Agitationen. (Bravo rechts.) Im Übrigen sei es vollkommen gerechtfertigt, wenn die Staats-Regierung Einfluss auch auf die Stadtverordneten-Vorsteher übe und sie würde selbstmörderisch handeln, wollte sie dies Recht aufgehen. Unter keinen Umständen dürfe doch der Stadtverordneten-Vorsteher den Aufforderungen der Auffichtsbehörden entgegen handeln; denn er habe das Recht der Beschwerde. Aus Allem gehe aber mit Klarheit das hervor, daß die Stadtverordneten-Bers. zu Handlungen politischer Agitationen herabgewürdig werden. (Bravo rechts, Unruhe links.)

Abg. Lachowicz: Die Regierung wolle sie's nur nach ihrem eigenen Standpunkt verfahren, niemals sich aber auf den Standpunkt der Majorität des Volkes stützen. (Beifall.) Der Herr Minister habe zugestanden, daß die Regierung auf die Dauer ohne Majorität nicht regieren könne und bei anderer Gelegenheit habe er gesagt, daß es über Principien keine Versöhnung gehe. Der Herr Minister erwarte also jedenfalls, daß das preußische Volk für den Ministers Überzeugung eintreten werde; das werde aber nie und nimmer mehr geschehen. Durch jene Interpretation der Regierung werde nicht bloß Verwirrung in die Beamtenreise, sondern auch in jene Kreise und Körperschaften, in denen bisher noch ein einfacher und schlichter Sinn sich bewährt hätte, gebracht. Die Freiheit der Gemeinde, wie sie in der Städteordnung von 1808 garantiert gewesen, schwinde immer mehr und soll einem absoluten Scheinconstitutionalismus weichen. Wenn Bürger, die das allgemeine Vertrauen genießen, deshalb, weil sie sich gebrauchen fühlen, über eine im Widerspruch mit der Verfassung erlassene Verordnung vor dem Könige aussprechen zu wollen, wegen grober Pflichtverletzung verwirkt oder zu Geldstrafen verurtheilt würden; enthält das keine Angriffe auf das Rechts- und Sittschaftsgefühl? Der Abg. Hübner habe seiner Zeit, als er Stadtv.-Vorsteher gewesen, doch selbst den Antrag gestellt, daß nach dem Becker'schen Attentat auf S. M. den König eine Deputation mit einer Glückwunschnachricht gesendet wurde. Was gewinne die Regierung wohl durch ihr Verhalten? Die Interpretationen der Regierung seien verdächtiger, als die frühere Censur. Bis jetzt habe Saturn die Minister noch nicht verschlucht, er sage nicht leider, daß sei recht gut, da das Ministerium für die Befestigung konstitutioneller Gesinnung so gut wirke; die freundliche Gewohnheit des Daseins möge dem Ministerium noch etwas gegönnt werden; hernach möge es gelassen scheinen, wie wir es auch gelassen scheinen wollen. (Heiterkeit.) Das Ministerium thut das Seinige dafür. Der Herr Minister des Innern sorgt dafür, daß die Landbevölkerung lesen lernt, er schickt ihre Predigten durch seine Amtsblätter und läßt sie vorlesen. Lernt die Landbevölkerung lesen, so lernt sie auch denken, dann wird

entsagten und flennen und waren doch vielleicht glücklicher als jene harten Gladiatoren, die so stolz dem Kampftode entgegengesehen. Das tausendjährige Reich der Romantik hat ein Ende und ich selbst war sein letzter und abgedankter Fabelkönig. Hätte ich nicht die Krone vom Hause fortgeschmissen und den Kittel angezogen, sie hätten mich richtig gelöst. Vor vier Jahren hatte ich, ehe ich abtrünnig wurde, von mir selber, noch ein Gefüste mit den alten Traumgenossen herumzurrummeln im Mondenschein — und ich schrieb den Alten Troll, den Schwanengesang der untergehenden Periode, und Ihnen habe ich ihn gewidmet. Das gebührt Ihnen, denn Sie sind immer mein wahlverwandelter Waffenbruder gewesen, in Spiel und Ernst. Sie haben gleich mir die alte Zeit begraben helfen und bei der neuen Hebamme Dienste geleistet — ja wir haben sie zu Tage gefördert und erschreden. — Es geht uns wie dem armen Huhn, das Enteneier ausgebrütet hat und mit Entzünden sieht, wie die junge Brut sich ins Wasser stürzt und wohlgefällig schwimmt.

Große Indignation erregt hier die Art und Weise, wie sich Barnhagen über den Charakter der berühmten Bettina von Arnim in seinen beigegebenen Notizen ausspricht, die jedoch gewiß nicht von ihm für die Öffentlichkeit bestimmt waren, so daß die Hauptshuld wohl die indiscrete Herausgeberin trifft. Barnhagen bemerkt über die geniale Frau: „Das Wort Schleiermacher's über Bettina, sie sei lauter Sinnlichkeit, die sich aber niemals konzentriert, ist ein wahrer Schlüssel ihres Wesens. Immerfort wird man bei ihr auf diesen Ausspruch zurückgeführt. Sie liebt alles Sinnliche in Wort und Bild auf das äußerste, und treibt die Vorstellungen in die größte Lusternheit, um dann plötzlich abzubrechen. Bei Bettina muß man ihre Versicherungen oft geradezu umleben, um die Wahrheit zu treffen. Sie hat mir zwanzigmal mit Nachdruck und Bedeutung wiederholt, sie habe Arnim nie geliebt, ihn nur aus Hochachtung geheiratet. Das Wahre ist, sie hat nach Arnim geschmachtet, gesiezt, ihn im Bunde mit ihrer Familie zur Heirath geleitet, gebrängt; er hingegen hatte früher erklärt, nicht Liebe, aber Hochachtung zu empfinden; was sie tief kränkte. — Als Bettina den ihr bekannten Dorow nach Jahren wieder einmal bei dem Staatsrat Stägemann sah, bat sie ganz fremd, aber freundlich gegen ihn; da er herantrat und sich als alten Bekannten darstellte

sie auch anderes Futter verlangen, und daß es daran nicht fehlen soll, dafür werden wir schon sorgen. (Heiterkeit.) Ich kann dem Herrn Minister aufs Ernstes versichern, daß alle Mittel, die angewendet werden, die kommunale Selbstständigkeit zu unterdrücken, nicht verfangen. Wir werden immer reden, wo Schweigen Pflichtvergessenheit ist, wir werden handeln, wo wir handeln müssen, wir werden selbst den Gehorsam verweigern, wo er sich nicht mit unserm Gewissen verträgt. (Beifall links und Bischen rechts)

Abg. Kesch: Ich erkenne in den Eingriffen nichts weiter als das Streben einer reactionären Regierung, uns wenn möglich wieder in den Absolutismus hinein zu bringen und die Regierung bedient sich dazu eines Systems, das mit Polypenarmen jede Selbstständigkeit zu beseitigen sucht, um endlich zu der so sehr gewünschten Majorität zu gelangen, von welcher der Minister neulich gesprochen hat. Jeder einfache Bürger glaubte bisher, daß erlaubt sei, was nicht verboten sei, der jetzige Grundsatz der Regierung lautet aber: verboten ist Alles, was nicht erlaubt ist. Nur, was die Regierung gestattet, ist erlaubt, und wenn nun, wie bei der Preßverordnung, in die Erwerbsverhältnisse eingegriffen und deshalb von den Communen petitionirt wird, so sagt die Regierung, das ist eine Sache, die Euch als Gemeindevertreter nichts angeht. Es ist aber doch eigentlich, daß die Regierung so scharfe Sonderung machen will zwischen dem, was der Gemeindevertretung wirklich obliegt und dem, was nicht. Wenn man z. B. verhandeln wollte über eine Abtretung der Rheinprovinz, so ist das allerdings eine allgemeine Angelegenheit; wollte man aber den rheinischen Communen verweigern, dagegen zu petitioniren? Daraus geht hervor, daß es keine allgemeine Angelegenheit gibt, die nicht in geringerem oder höherem Maße auch das Interesse der Gemeinden beträfe. Ich mag auf die Details nicht eingehen, es gehört wirklich eine gewisse Ruhe dazu, um über die Eingriffe auch nur ohne Leidenschaft zu sprechen. Wir sehen, man mißachtet Verfassung, Gesetz und die Beschlüsse, welche das Haus in seiner Majorität gefaßt hat, und diese Majorität vertritt die Majorität des Volkes. Und in gleicher Weise sieht man auch das Recht der Gemeinden zu beschränken. Man geht noch weiter, man versagt den Stadträthen die Bestätigung, den Rechtsanwälten verweigert man den Eintritt in die Stadtverwaltung; ja noch mehr, man versagt einer Wahl in den jüdischen Gemeinde-Vorstand zu Stallupönen die Bestätigung, wo doch gewiß von politischen Dingen nicht die Rede sein kann. Der Brennpunkt ist, daß man die freie Selbstständigkeit der Communen vernichten will, und man geht noch weiter, indem man auch den freien Willen des einzelnen Bürgers unterdrücken will durch Wahlerlässe, wie sie kürzlich zur Kenntnis des Hauses gekommen. Das soll systematisch von unten bis oben die freie Selbstständigkeit des Bürgers vernichten; Gesetz und Verfassung werden dadurch nicht geschützt, sondern erschüttert. Es hat das Vertrauen zu dieser Regierung auf das Tiefste angegriffen und nicht nur das, ich wage es auß zu behaupten, auch gegen die Richter wendet sich, selbst das Mikrauen, — (hört! hört!) und je höher hinauf in den Instanzen, desto mehr. (Sehr wahr! links). Das ist ein betrübender Zustand. Der Antrag der Commission erscheint mir wie Selbst-Ironie, da wir wissen, daß gerade von der Regierung ausgegangen, was in diesem Bericht zur Sprache gebracht worden. Wir sollen uns an das Ministerium wenden, welches in dieser Sache Richter sein soll und Partei ist. Weil wir nach der Verfassung und nach den Bestimmungen der Geschäftsvorordnung, aber keinen andern Weg haben, so werde ich für den Antrag stimmen. Das Volk erfährt, wie seine Vertreter darüber denken. (Bravo!)

Minister Graf Eulenburg: Die Herren Vorredner haben hier von reactionären, absolutistischen und despatischen Tendenzen dieses Ministeriums gesprochen, aber wenig von der Petition selbst. Der letzte Herr Redner hat behauptet, die Handlungsweise der Regierung zeige in jedem Falle, daß sie aus einem gewissen Brennpunkte stamme, daß ihr ein gewisses Ziel vor Augen schwebte. Ich glaube, es wäre ein schlechtes Compliment für uns, wenn er etwas Anderes gesagt hätte. Ich hoffe den Brennpunkt festzuhalten. Die Beantwortung der vorliegenden Frage muß in dem Gesetze gefunden werden. Kein Ministerium kann, wenn es richtig interpretiert, zu einer andern Entscheidung kommen, als zu der, welche die R. Regierungen in Preußen bei früheren Gelegenheiten gefällt haben und welche ich in der Lage war, auch in letzter Instanz aufrecht zu erhalten. Die erste Frage: war die Stadtverordneten-Versammlung zu Breslau berechtigt sich mit

sagte sie: "O ja, ich kenne Sie recht gut wieder, Sie sind Herr Müller." "Nein", erwiderte Dorow, diese böse Art folglich strafend, der bin ich nicht, aber ich bin auch im Irrthum, ich glaube in Ihnen Madame Schlesinger wiederzusehn". — Ihr "Königsbuch" müßt in gewissen Kreisen sehr, besonders war ihr Schwager Savigny — schon Justizminister — ungemein unzufrieden. In einer Gesellschaft Abends bei ihm wurde Bettina wegen des Buches lebhaft angegriffen und geneckt, sie sagte im Trost, es würden noch mehrere Bände folgen, für die möge man etwas Acker sparen, die würden dessen noch mehr erregen. Savigny sagte topfslüßtend: "Noch mehrere Bände? Es ist an einem schon zu viel!" Da ergrimmte Bettina dem doch und sagte vor allen Leuten: "Ich muß doch dem König vollkommen klar machen, daß er Esel zu Ministern hat, das kann ich nicht in aller Kürze".

Es würde nicht schwer fallen, diese Beschuldigungen Barnhagens zu entkräften, da eine solch geniale Natur nicht mit dem gewöhnlichen Maßstab gemessen werden darf. Wer Bettina genauer kannte, mußte auch wissen, daß sie ihre Freude daran fand, die Prüden in Verlegenheit zu setzen, die Pietisten zu ärgern und die modernen Tärtüsse zu reizen. Manche anscheinend frivole Neuherzung dürfte darin ihre Erklärung haben; ihre von Schleiermacher hervorgehobene Sinnlichkeit war nur ein Ausfluss ihrer echten Künstlernatur und die nothwendige Beigabe jedes produktiven Talentes. Budringliche Leute, welche ihr unangenehm waren, pflegte sie wie Herrn Dorow mit den Worten abzufertigen: "Ich kenne Sie nicht." Das war unhöflich, aber gewiß keine absichtliche Lüge; überhaupt war sie nicht eben ängstlich in der Wahl ihrer Worte und setzte gern auf einen groben Kloß auch einen groben Keil. Dagegen befahl sie, wie selbst aus den mitgetheilten Brisren hervorgeht, ein Herz für die Leiden Anderer und jeder Hilfsbedürftige fand bei ihr Unterstützung, Schutz und Trost. Sie besuchte zuerst die Hütten der Armut in dem Berliner Voigtländer und lenkte die Aufmerksamkeit des ihr geistig verwandten, verstorbenen Königs auf die sociale Frage. Mit anerkennungswertiger Energie eiserte sie gegen die damalige Polizeiwirthschaft; durch ihren Einfluß hauptsächlich wurden die von Göttingen vertriebenen Brüder Grimm nach Berlin berufen. Eben so unerschrocken verwendete sie sich für den damals noch freisinnigen Bruno

einer solchen Petition zu beschäftigen, beantwortet § 35 der Städte-Ordnung von 1853, welcher aus § 33 der Gemeinde-Ordnung von 1850 übernommen ist. § 35 der Städte-Ordnung lautet: Die Stadtverwaltung hat über alle Gemeindeangelegenheiten, soweit dieselben nicht ausschließlich dem Magistrate überwiesen sind. Sie giebt ihr Gutachten über alle Gegenstände ab, welche ihr zu diesem Zwecke durch die Aufsichtsbehörden vorgelegt werden. Über andere als Gemeindeangelegenheiten dürfen die Stadtverwaltung nur dann berathen, wenn solche durch besondere Gesetze oder in einzelnen Fällen durch Aufträge der Aufsichtsbehörden an sie gewiesen sind usw. Als der § 33 der Gemeinde-Ordnung von 1850 in der Commission des Abgeordnetenhauses damals berathen sei, wären allerdings von einer Seite Bedenken gegen diese Fassung erhoben, weil die Kompetenzgrenze zwischen Gemeinde und Staat nicht zu ermitteln sei. Der Antrag auf Streichung dieses Zusages wurde aber mit 19 gegen 2 Stimmen abgelehnt, indem man davon ausging, daß die verfassungsmäßige vorhandene Landesvertretung das Ausweichen der Gemeindevertretung in den Kreis der Politik als unzulässig erscheinen lasse. Ich glaube, eine deutlichere Interpretation des Sinnes des Gemeindeordnungsparagraphen kann nicht gegeben werden. Der Minister erwähnt alsdann einen ähnlichen Fall, als nämlich unter dem Minister Flottwell verschiedene Kreistage gegen das Ministerial-Rescript, betraf, die Berechtigung der Juden remonstrirten. Damals habe Flottwell 1859 ein Rescript an die Landräthe erlassen, worin er denselben einschärfe, dieselben möchten Berathungen über diesen allgemeinen politischen Gegenstand nicht aufkommen lassen, sie würden sich sonst straffällig machen. Die Kreisversammlungen hätten lediglich den Zweck, die Kreisverwaltung des Landrates zu begleiten und zu unterstützen. Sie überschreiten ihre Befugnisse, wenn sie allgemeine politische Fragen, Gesetzmäßigkeit der obrigkeitlichen Anordnung in den Kreis ihrer Berathungen und Beschlüsse ziehen. Gegen diese Ausschaffung des Staatsministers Flottwell protestierte in der Sitzung vom 9. Mai 1859 der Abg. Graf Pückler. Der Minister blieb aber bei seiner Ausschaffung stehen. Graf Eulenburg verließ die Antwort Flottwells und fährt dann fort: Ich hoffe, daß die Auslegung, die ich dem Paragraphen gegeben habe, als die richtige anerkannt und das Verfahren der Regierung nicht verkannt werden wird. Es kommt die 2. Frage: Sind Stadtverwaltung, wenn man auch zugeben will, daß irgend ein Gegenstand nicht recht eigentlich zum Kreise ihrer Beratsschlagungen gehört, dennoch berechtigt, sich im Wege einer Petition darüber auszusprechen? In dieser Beziehung ist nur der Art. 32 der Verf.-Urf. maßgebend, welcher ausdrücklich, daß das Petitionsrecht allen Preußen zusteht, Petitionen unter einem Gesamtkramen einzureichen, aber nur Behörden und Corporationen gesetzelt ist. Jedentfalls ist in diesem § eine Ausdehnung des Petitionsrechts in Bezug auf andere als Corporationen und Behörden nirgendwie zu finden. Haben sie jemals das Recht gehabt, und haben sie dieses Recht noch heute, so haben sie es nur innerhalb des Kreises, den ihnen ihr Status oder das Gesetz, auf welchem es beruht, oder irgend welche andere Verordnung zu verbieten das Recht giebt. Der § 26 (Tit. 6 Thyl. II. A. L.) sagt ganz ausdrücklich, daß die Rechte der Corporationen nur diejenigen sind, welche ihnen durch die bei ihrer Errichtung geschlossenen Verträge oder ergangenen Stiftungsbriebe durch die vom Staat erhaltenen Privilegien und Concessions und die auch in der Folge unter Genehmigung des Staates abgesetzten Beschlüsse ertheilt sind.

Für die Stadtverwaltung wird die Städteordnung mächtigend sein. Nirgends in derselben ist der Stadtverwaltung das Recht beigelegt, in politische Angelegenheiten zu petitionieren. Und nun haben Sie die Gelegenheit, sich zu vergegenwärtigen, was daraus werden würde, wenn bei jeder Gelegenheit über allgemeine politische Angelegenheiten wo möglich auf eine ausgegangene Parteiparole 994 Stadtverwaltung petitionieren wollten. Es wäre das geradezu ein revolutionäres Vorgehen, gegen welches jede Regierung sich stemmen müßte. Der Minister geht alsdann auf die 3. Frage ein, ob die Regierung das Recht habe, von dem Stadtverwaltung zu verlangen, daß er über nicht zur Kompetenz der Verwaltung gehörige Gegenstände nicht berathen lasse event. ihn durch Executivstrafen dazu anzuhalten. Er glaubt, daß der Stadtverwaltung nicht bloß die formelle, sondern auch die materielle Ordnung handhaben müsse. Abgesehen von den Geschäftsvorordnungen zur Städteordnung von 1808 und 1831 bestimmt die Breslauer Geschäftsvorordnung: "Der Vorsteher handelt die Ordnung in der Verwaltung, er muß darauf sehen, daß nichts wider die Rechte des Staates und die Verfassung der Stadt verhandelt und

Bauer, für den gemahregelten Professor Hofmann von Faltersleben und für den jungen Schloßel, selbst auf die Gefahr hin, sich mißliebig zu machen. Diese Thatsachen wiegen mehr als alle Münzen und einseitigen Charakterbeschreibungen der genialen und in jeder Hinsicht bedeutenden Frau.

Im kgl. Schauspielhaus ist Hr. Bogumil Dawson als "Hamlet" mit einem wahrhaft glänzenden Erfolg aufgetreten, obgleich sein Organ nichts weniger als günstig für die Rolle liegt. Der Geist siegte aber wie immer über die körperlichen Hindernisse und der Künstler hatte in der That wahrhaft geniale Momente, zu denen wir vor Allen die große Scene mit Hamlets Mutter und die berühmte Anrede an die Schauspieler rechnen. Im gewissen Sinne darf sich Berlin als die Geburtsstätte von Dawson's Ruf betrachten. Derselbe feierte hier seine ersten Triumphen auf deutschem Boden und zwar nicht im Theater, sondern in einer klinischen Heilanstalt. Bekanntlich war Dawson zuerst als polnischer Schauspieler in Warschau und später in Lemberg aufgetreten, als er den Entschluß faßte, deutsch zu lernen und sich der deutschen Bühne zu widmen. Mit unsäglichen Opfern und unter den größten Hindernissen führte er sein Vorhaben aus und reiste nach Berlin, um daselbst den gefährlichen Versuch in einer ihm fremden Sprache zu wagen. Beim Heraustreten aus dem Eisenbahnwagen hat der Künstler jedoch einen so unglücklichen Fehltritt, daß, statt auf dem Theater aufzutreten, er längere Zeit in einer Klinik im Bette liegen mußte. Hier erwähnt sich der junge liebenswürdige Schauspieler durch seine heitere Laune und fröhliches Benehmen zahlreiche Freunde unter seinen Leidensgenossen, denen er eines Abends das Drama "Hans Jürge" von Holtei mit einem Beifall vorlas, der ihn nach seinem eigenen Geständnisse erst seinen Beruf für das deutsche Schauspiel klar machte und seinen gesunkenen Muthe belebte. Sobald er genesen war, gab Dawson seinen einzigen Empfehlungsbrief an den damaligen Hoffschauspieler und jetzigen Hofrat Louis Schneider ab, der sich warm und eifrig seines freunden Collegen annahm und den Director Maurice in Hamburg auf ihn aufmerksam machte. Dort gefiel Dawson trotz seiner polnischen Aussprache und wurde bald der Liebling des Publikums und einer der ersten Künstler Deutschlands.

Max Ring.

beschäftlossen werden, und es liegt ihm ob, dafür zu sorgen, daß die Vorlagen sachgemäß erledigt werden." Hierach mußte der Stadtverwaltung alle Gegenstände von der T. O. entfernen, die nicht zur Kompetenz der Versammlung gehörten. Die Breslauer Regierung verlangte dies von ihm und fügte diesem Befehl eine Strafanordnung hinzu. Die Instruction zur Städte-Ordnung von 1808 ist in Bezug auf das Executions- und Strafrecht der Regierung in ihrer Wirksamkeit noch lebendig, so daß sie jeden Tag und jeden Augenblick noch angewendet wird und es bisher noch Niemand eingefallen ist, an der Loyalität dieser mit voller Gesetzeskraft erlassenen Verordnung irgend einen Zweifel zu haben. So habe ich Ihnen nachzuweisen gesucht, daß die Interpretation, welche die Regierung den Paragraphen gegeben hat, durchaus keine willkürliche ist. Das Gemeindewesen liegt uns sehr am Herzen (Heiterkeit), aber die erste Bedingung für ihr gebleibtes Wirken ist die, daß die Gemeindeverwaltung innerhalb des Kreises sich bewege, welchen der Staat ihrer Wirksamkeit gestellt hat. Die Grundbedingung jedes staatlichen Lebens ist die Festhaltung des Grundgesetzes, daß Niemand, — keine Behörde und kein Bürgermann — über die Befugnisse hinausgeht, die ihm zugewiesen sind. Sie verlangen das von den obersten Behörden. Sie werden hoffentlich denselben nicht das Recht beschränken wollen, den Behörden und Corporationen gegenüber, die ihrer Aufsicht unterworfen steh, darauf zu halten, daß sie nicht mehr Rechte in Anspruch nehmen, als die höchsten Behörden selbst. (Bravo rechts! Unruhe links!)

Abg. v. Kirchmann: Die Frage, ob die Stadtverwaltung der Petition begegnen, habe man versucht, an der Hand des § 35 der Städteordnung zu lösen. Diese Auslösung sei unzulässig. Das Petitionsrecht sei schon durch das Landrecht garantiert, die Verfassung habe nur an jenes angeknüpft. Die Regierung habe nur die Pflicht gegen den Missbrauch des Petitionsrechtes einzuschreiten. Die Stadtverwaltung hätten gegenüber der ministerialen Auffassung das Gebiet städtischer Materie bei ihrer Petition nicht verlassen. Die Preß-Gewerbetreibenden hätten unter der Verordnung gelitten. Die Eigentumsverhältnisse vieler Breslauer Einwohner seien auf das Empfindlichste bedroht gewesen. Man habe also aus einem rein localen Interesse heraus gehandelt. Zu dem habe die allgemeine Entrüstung im Lande durch die Preßverordnung nur durch die städtischen Behörden den rechten Ausdruck erhalten können, wenn sie dem Landesoberhaupt ganz klar werden sollte, das sei ja doch der augenblickliche Zweck des Ganzen gewesen. (Sehr richtig!) Das Haus habe mit großer Bestrebung gehabt, daß der Minister des Innern nur mit der Majorität regieren wolle, aber wenn das Regierungssystem in steigender Progression fortdauere, dann freilich werde wohl das Alter des Methusalem dazu geboren, um zu erleben, wie der Minister es anfange zu einer Majorität zu gelangen.

Abg. Schulze (Delissch) beantragt, da man in diesem Falle einer offensichtlichen Rechtswidrigkeit gegenüber stehe, Ueberweisung der Petition an die Regierung zur Abhilfe. Wenn Sie das Recht, einen Wunsch zu äußern, bei Stadtverwaltung auf Kompetenzgrenzen beschränken wollen, so stellen Sie jene Versammlung schlechter als den Einzelnen. Man kann durch Kompetenzverhältnisse beschränken, wo Beschlüsse vorliegen, nicht aber wo es sich darum handelt, Wünsche an das Haus oder an die Stufen des Thrones über die wichtigsten Angelegenheiten des Landes gelangen zu lassen. Und warum hat man denn das Petitionsrecht gewahrt? Weil man den Zusammenhang des Einzelnen mit dem Träger der Krone wollte, der von dem Volke zu den Stufen des Thrones führt. Wenn aber der Einzelne darauf Gewicht legt, wie viel mehr ist es Sache des Minister und der Krone selbst, daß die Communen ihre Wünsche äußern, weil das, was sie darbieten, mehr Vertrauen verdient, sie erscheinen ja als eine Versammlung von Vertrauensmännern. Wenn nun der Herr Minister vor den schrecklichen Folgen in dem Falle gewarnt hat, daß alle Stadtverwaltung, es wären ja beinahe tausend — petitionieren wollten, so meine ich doch, der Herr Minister würde, wenn alle mit einander in der Richtung petitionieren, wie er es wünscht, dies nicht sehr schrecklich finden. (Heiterkeit. Sehr wahr! sehr richtig!) Hat man doch nichts dagegen gehabt, daß die Loyalitäts-Deputationen, deren näherer Prostognoe ich mir als Bewohner Potsdams genau betrachten konnte, sich steis vermeinten! Wer persönliche Regierung will, die man uns immer im Gegensatz zu der parlamentarischen anführt, der darf am wenigsten dagegen seien, daß unmittelbar aus dem Herzen des Landes ein Wunsch an den Thron gelangt, daß der Träger der Krone in unmittelbarem Zusammenhang mit dem Volke trete. Ich kann die Meinung des Abgeordneten Hübner, wir sollten uns hüten, die Communalbehörden herabzuwürdigen, nur billigen. Aber ich kann nicht eine Herabwürdigung darin finden, wenn diese Behörden ein eigenes Urteil bekunden und es an der Stelle niederlegen wollen, zu welcher sie Vertrauen haben. Wohl aber ist es eine Herabwürdigung — und ich bedaure sie — wenn man diesen Behörden zumutet, blindlings ihre politische Ueberzeugung zu opfern, ihr selbstständiges Urteil aufzugeben und nach Dekreten von oben herab zu folgen; wenn man selbstständige Männer ausschließt und nicht im Amte bestätigt, darin finde ich von meinem Standpunkte aus eine Herabwürdigung. (Lebh. Beifall links.)

Die Debatte wird hierach auf Freitag vertagt.

Berlin, 8. März. Die Mittheilung der "R. st. Pr.", daß Se. M. der König die Abfahrt habe, in Begleitung des Herrn v. Bismarck nach den Elberadostümern zu reisen, wird uns für unbegründet erklärt.

Der Ober-Hofmeister J. M. der Königin, Graf v. Boos-Waldeck, ist gestern verstorben.

Heute früh ist die Gemahlin des Staatsministers a. D. v. Heydt nach längerer Krankheit gestorben.

Die Berathung der Militair-Commission hat bestätigt, daß Stavenhagen das vor einiger Zeit signalisierte Amendement, nämlich eine gesetzlich festgestellte Friedensarmee von 180,000 Mann, einbringen will. Er hat dasselbe förmlich angekündigt. Auch v. Unruh schien Amendements im Allgemeinen "principiell" nicht abgeneigt.

Am Freitag haben sich noch zwei wegen Hochverrats steckbrieflich verfolgte Polen freiwillig zur Haft gestellt, nämlich die Gutsbesitzer Lutomski und Swinarski.

(B. B. B.) Am Montag früh ist der als militärischer Schriftsteller und namentlich durch seine Brochüren gegen die Armee-Reorganisation bekannte Major a. D. v. Luck im Alter von nicht ganz siebenzig Jahren gestorben. Ein hochgebildeter, witziger Kopf, der Feder und der Rede Meister, war er vielfach seiner ehemaligen Kameraden eben so unbedeutend, als er dem Kreise ausgezeichneten Freunde lieb und angenehm war. Viele seiner anonym in Zeitungen erschienenen Aufsätze haben große Sensation erregt.

Danzig, den 9. März.

* Man schreibt uns aus Berlin: "Das in Bordeaux von der preussischen Regierung bestellte Panzerschiff kann nach den Nachrichten von dort her als vollendet betrachtet werden. Es soll jedoch vor der Ablieferung einer größeren Probefahrt unterworfen werden, an welcher einige preussische Seooffiziere Theil nehmen werden, welche bereits nach Bordeaux abgereist sind. Wenn die Probefahrt den gestellten Bedingungen entsprechen wird, alsdann soll die Abnahme des Schiffes erfolgen. So weit man hört, soll die Probefahrt ihren Weg nach dem Atlantischen Ocean nehmen, dann um die Nordspitze von Schottland herum gehen und schließlich auf der Tour durch die Nordsee, das Kattegat und die Ostsee in dem Hafen von Danzig enden".

* Nahe an 400 Gesellen, Gehilfen und Fabrikarbeiter hatten sich gestern Abend im großen Saale des Gewerbehauses versammelt, um über die Coalitionsfrage sich zu besprechen. Der Zimmergeselle Herr Koch leitete die Discussion ein und sprach seine Freude aus über den zahlreichen Besuch, der von dem Interesse zeuge, das die schwedende Frage auch im hiesigen Arbeiterstande gefunden. Der Besuch würde wohl noch zahlreicher ausfallen sein, wenn das "Intelligenzblatt" die ihm übergebene Anzeige gebracht hätte. Als dieselbe vorgestern nicht veröffentlicht wurde, habe er die Redaktion um Mittheilung der Ursache der Weigerung gebeten und den Bescheid erhalten, die Anzeige könne nur mit Namensunterschrift und nach polizeilicher Genehmigung veröffentlicht werden. Dies Verfahren der Intelligenzblatts-Redaktion sei ihm unerklärlich. Es sei dies eine unerwartete Censur, deren Grund er nicht begreife. Die erforderliche Anzeige bei der Polizei habe er gemacht. Eine polizeiliche Genehmigung für die Veröffentlichung der Annonce verlange, so viel er wisse, kein Gesetz. — Die Versammlung erwählt hierauf durch Acclamation Herrn Koch zum Vorsitzenden, welcher Herrn Warnath bittet, als Schriftführer zu fungieren. Der Vorsitzende theilt hierauf den Wortlaut der §§ 181—184 der Gewerbeordnung von 1845 mit, deren Abschaffung der Arbeiterstand erstrebe, um endlich zu der ihm gehörenden Gleichstellung mit den übrigen Staatsbürgern in bürgerlicher wie politischer Beziehung zu gelangen. Redner beleuchtet die einzelnen §§ und legt deren Nachtheile für die Gesellen dar. Während die Meister sich unter sich bei einem Glase Bier über zu treffende Maßnahmen leicht verabreden könnten, sei dies den Gesellen durch das Gesetz unmöglich gemacht. Es sei nicht abzusehen, weshalb nur für die Gesellen außer den strengen §§ des Allg. Strafgesetzbuchs noch besondere Strafen festgelegt seien. Bisher habe man gesagt, die Gesellen seien noch viel zu roh und müssten unter besonderer scharfer Kontrolle stehen. Die Meister hätten sich aber geändert und mit ihnen auch die Gesellen. Im Abgeordnetenhaus habe Schulze-Delitzsch, der für das Wohl des Arbeiterstandes schon so Vieles geleistet habe, den bekannten Antrag wegen Aufhebung des Coalitionsverbots eingebracht. Anfänglich habe es auch gefehlt, als ob alle Parteien, Conservative wie Fortschrittspartei, für die Aufhebung der betr. Paragraphen stimmen würden. Aber bald habe sich gezeigt, daß die Ziele beider Parteien weit auseinanderliegen. Die Fortschritts-Partei wolle die Paragraphen einfach aufgehoben wissen, die Conservativen wollten die Aufhebung, um etwas Anderes, ihren Absichten noch näher Liegendes an die Stelle zu setzen. Der Herr Handels-Minister habe erklärt, er wolle die Meinung der Bevölkerung kennen lernen; deshalb sei es gut, dieselbe abzugeben, damit der Herr Minister wenigstens darüber nicht im Zweifel bleibe. Wenn der Abg. Wagener von Arbeiterbataillonen gesprochen habe, die man gegen das Capital ins Feld führen werde, so sei dies für ihn (Redner) unverständlich; eben so unklar sei es für ihn, wenn der Abg. Wantrup gesagt, daß der Preußische Volksverein die Leute zum Guten versöhne. In Betreff der von den Gesellen des Handwerkerbundes zu Elbing erlassenen Petition frage er die Versammlung, ob sie vielleicht, wie jene, ihr Coalitionsrecht nur unter Mitwirkung der Reg. Polizeibehörden ausüben wollten (Gelächter), oder ob sie vielleicht, wie die Elbinger, für Fabrik-Inspectoren inclinirten, oder für dreimonatliche Kündigung stimmten (Gelächter). Es kämen noch mehr wunderliche Ansichten in diesem Elbinger Schriftstück vor, mit denen er die Versammlung aber verschonen wolle. Er lege eine andere Petition vor, die gewiß den Ansichten der hiesigen Arbeiter besser entspreche. Er werde sie vorlesen und wer Lust habe, könne sie unterschreiben. — Die Petition lautet:

"Hohes R. Staatsministerium! S. Ex. der Hr. Handelsminister hat bei Gelegenheit der Verhandlungen des hohen Hauses der Abgeordneten über die §§ 181 et. der Gewerbeordnung vom 17. Januar 1845 die Erklärung abgegeben, daß es der Wunsch der R. Staatsregierung sei, bevor sie sich über Veränderungen des genannten Gesetzes entscheide, die Meinung der dabei zunächst beteiligten Kreise kennen zu lernen.

In Folge dessen erlauben wir, die unterzeichneten Gesellen, Gehilfen und Fabrikarbeiter, uns, Einem hohen Königlichen Staats-Ministerium in Nachstehendem unsere Wünsche ganz gehorsamst mitzuteilen.

Ein Theil der Gesellen unserer Nachbarstadt Elbing, die Mitglieder des Handwerksgesellenbundes haben sich in einer Petition an Ein hohes R. Staatsministerium ausgesprochen, daß sie es für zweckmäßig halten, daß die Gesellen, Gehilfen und Fabrikarbeiter das Coalitionsrecht nur unter Mitwirkung der Königlichen Polizeibehörden ausüben.

"Wir müssen uns mit Offenheit und Entschiedenheit gegen diese Ansicht aussprechen und glauben, daß die große Mehrzahl unserer Genossen mit uns davon überzeugt ist, daß auf diesem Wege die auf allen Seiten hervortretenden Bestrebungen, unsere Lage zu verbessern, keinen Erfolg haben werden. Vielmehr würden wir die einfache Aufhebung der §§ 181, 182 und 184 der Gewerbeordnung von 1845, ohne daß andere Bestimmungen an deren Stelle treten. Nur durch die einfache Aufhebung der genannten Paragraphen wird unserm durch die Verfassung begründeten Verlangen Genüge geschehen, den übrigen Staatsangehörigen gleichberechtigt an die Seite gestellt zu werden; nur wenn das Coalitionsrecht gewährt ist, werden wir in ein Verhältnis zu unseren Arbeitgebern treten, wie es ihrem und unserm Interesse gleichmäßig entspricht. Wir wissen sehr wohl, daß die Gewährung des Coalitionsrechts allein zur Verbesserung unserer Lage nicht ausreicht, wenn wir nicht außerdem an unserer Fortbildung, um unsere Leistungsfähigkeit zu vermehren und an unserer Fortbildung zu arbeiten; aber wir müssen an das Lebhafteste wünschen, daß gesetzliche Bestimmungen aufgehoben werden, die man nur damit begründet, daß die Arbeiter noch zu unwissend und zu roh wären, um ihnen den vollen Gebrauch des Rechtes, ihre Kräfte nach eigenem Ermeessen zu verwerten, zu überlassen. Wir glauben, daß dieses Misstrauen zu verwerten, zu überlassen ist und daß die für alle Staatsbürger geltenden Strafgesetze durchaus hinreichend Schutz gegen etwaige Ausschreitungen gewähren.

"Hohes R. Staatsministerium! Mit Freude begrüßen die Arbeiter das überall wachsende Interesse mit ihren Angelegenheiten, mit Freuden werden sie es begrüßen, wenn die R. Staatsregierung die Mittel in Erwägung zieht, durch welche die Lage der Arbeiter zu verbessern ist. Wir leben auch der festen Zuversicht, daß das Resultat ein für uns gutes und erfolgreiches sein wird, wenn die R. Staatsregierung sich für diejenigen Reformen in der Gesetzgebung entscheidet, durch welche wir die volle Freiheit erhalten, unsere Arbeitskraft wo und wie wir wollen zu verwerthen."

Herr Koch knüpft hieran noch einige Erläuterungen und betont, daß das bloße Verlassen der Arbeit bei eintretenden Conflicten nie zu etwas Gute führe; die Strikes in England gäben hiefür Beläge, Excesse würden vollends nichts helfen. Das Recht der freien Vereinigung gebe aber den Arbeitern Gelegenheit zu einer freien Vereinbarung mit den Meistern. (Lebhafte Beifall.) Der Zimmergeselle Herr Demski erklärt gegen dieselben, welche für Staatshilfe schwärmen, daß es unausführbar sei, 95% der Bevölkerung auf Kosten von 5% zu unterstützen. Kein anständiger Arbeiter verlange solche Unterstützung. Während die conservative Partei bisher stets von den Arbeitern und deren Rechten nichts habe wissen wollen, habe die Fortschrittspartei für deren Bildung gesorgt und durch segensreiche Vereine und Associationen für ihr Wohl gewirkt. Maschinenbauer Herr Kommodor überreicht einen ihm zur Sammlung von Unterschriften übergebenen Bogen und beklagt dabei, daß einige Arbeiter statt ihrer Namensunterschriften auf dem Bogen allerlei schlechte Worte geschrieben hätten. Der Vorsitzende bedauert ebenfalls, daß ein solches Verhalten unter Arbeitern möglich sei. Nachdem die Discussion geschlossen, wird die Petition angenommen und unterschrieben. (Wie wir hören, betrug die Zahl der Unterschriften heute Vormittag 606.) Am Schluss der Versammlung fordert ein Mitglied dieselbe auf, dem Manne ein Hoch zu bringen, der für den Arbeiterstand so lange schon segensreich wirke. Keine Arbeiterversammlung dürfe auseinandergehen, ohne seiner zu gedenken, dessen Name bereits weit über die Grenzen des Vaterlandes Anerkennung finde. Es sei, wie Jeder wohl wisse, Schulze-Delitzsch, der Wohlthäter der Arbeiter, ihm gelte das dreifache Hoch! (Lebhafte dreifache Hoch!) Damit wurden die Verhandlungen geschlossen, welche in größter Ruhe vor sich gegangen waren und ein erfreuliches Zeugnis für die Bildung und Selbstständigkeit der Auwesenden ablegten.

Die Petition liegt bis zum Sonntag Abend im Gewerbehaus zur weiteren Unterzeichnung aus.

* Zur Abiturientenprüfung an der Realschule zu St. Petri hatten sich in diesem Jahre 9 Primaner gemeldet. Gestern fand das Examen statt und waren die schriftlichen Arbeiten in so erfreulicher Weise ausgefallen, daß acht Abiturienten von der mündlichen Prüfung entbunden werden konnten. Von denselben erhielt einer das Prädikat vorzüglich bestanden, fünf das Prädikat gut, zwei das Prädikat genügend. Auch dem neunten konnte nach der mündlichen Prüfung das Zeugnis der Reife mit dem Prädikat genügend ertheilt werden.

* Ein Klempnergeselle hat am 6. d. M., um sich zu vergessen, eine Partie Schwefelsäure zu sich genommen und ist trotz aller angewandten Gegermittel Tags darauf im Lazarett verstorben.

* Gestern wurde einem hiesigen Holzhändler von seinem Holzhouse eine ziemlich große Menge Nugholz gestohlen, ohne daß es bis jetzt gelungen ist, die Diebe zu ermitteln.

* Ein Landmann, welcher am 7. d. M. des Abends aus Ahllosigkeit mit seinen beiden vor einem Wagen gespannten Pferden vom Schuhläder Wege ab in den sogenannten Beck gerauschen und daraus durch einige hinzugekommene Arbeiter befreit worden war, gab eins der gereiteten Pferde den Arbeitern als Lohn für ihre Beimischungen.

* [Traject über die Weichsel.] Terespol und Culm regelmäßig über die Eisdecke mit Wagen bei Tag und Nacht; Warlubien und Grandenz zu Fuß und mit leichtem Fuhrwerk über die Eisdecke bei Tag und Nacht; Czerwinski und Marienwerder regelmäßig über die Eisdecke mit Wagen bei Tag und Nacht.

— Hauptmann von Besser aus Graudenz ist im Schweizer Irrenanstalt gestorben.

Gumbin, 8. März. (P. L. B.) Auch in dem hiesigen Kreise haben mehrere Gütsbesitzer, namentlich die Herren Bütler-Marienhöhe und Räswurm-Buspern dem heit. Landratshäusle angezeigt, daß sie sich zur Zahlung der Gebäudesteuer nicht verpflichtet halten können, so lange nicht, den Bestimmungen der Verfassung entsprechend, ein Staats-Gesetz zu Stande gekommen ist.

Börsendepecheschen der Danziger Zeitung.

Berlin, 9. März 1865. Aufgegeben 2 Uhr 12 Min.

Angelkommen in Danzig 4 Uhr — Min.

gest. Grs.

Roggen fest,	Ostpr. 3½% Pfandbr.	85	85
loci	35½	35½	Westpr. 3½% do.
März	34½	34½	do. 4% do.
April-Mai	34½	34½	Breuh. Rentenbriefe
Rüböl März	12½	12½	98½
Spiritus do.	13½	13½	Deitr. National-Ant. 70½
5% Pr. Anleihe	106	106	Muss. Banknoten 80½
4½% do.	102½	102½	Danzig. Pr.-B.-Act. 111
Staatschuldsch.	91½	91½	Deitr. Credit-Actien. 82½
			Wechselc. London. 6. 22½

Hamburg, 8. März. Getreidemarkt. Weizen ruhig. April-Mai 5400 Pfund netto 93 Bancothaler Br. und bez. 92½ Br. Roggen ab Ostsee matter. April-Mai 5100 Pfund Brutto 79 Br. 78½ Br., entschieden flauer. Del Mai 26—25%, October 25%—25%, matter. Kaffee schwimmend 4000 Sac Rio und 4000 Sac Paguayra verkauft, loco ruhig. Bink ruhig.

Amsterdam, 8. März. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Weizen stille. Roggen auf Termine fest, sonst stille. Raps Frühjahr 71, Herbst 68. — Rüböl Frühjahr 38%, Herbst 38.

London, 8. März. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Beschränktes Geschäft sowohl in Weizen, als auch in Frühjahrsgetreiden. Preise gegen vergangenen Montag unverändert. — Wetter regnerisch.

* Leith, 8. März. [Cochrane, Paterson u. Co.] Wochen-Import (in Tons): 254 Weizen, 73 Erbsen, 705 Säcke Mehl. Markt ruhig. Weizen unverändert. Pommerscher 44s, Uckermarkischer 44s 6d. Gerste flau. Bohnen, Erbsen knapper Vorrah, bedingen äußerste Preise. Mehl Neigung zum Fallen.

London, 8. März. Consols 88% per April. 1% Spanier 40%. Sardinier 77. Mexikaner 25%. 5% Russen 89%. Neue Russen 88%. Silber. Türkische Consols 52%. 6% Ver-St. per 1882 53%.

Liverpool, 8. März. Baumwolle: Etwa 5000 Ballen Umsatz. — Amerikanische 16, fair Dohlerah 13½, middling fair Dohlerah 12, middling Dohlerah 11, Bengal 7, Domra 12%, Egyptische 16%.

Paris, 8. März. 3% Rente 67, 80. Italienische 5% Rente 64, 85. 3% Spanier 42. 1% Spanier. — Österreicherische Staats-Eisenbahn-Actien 443, 75. Credit-mob. Actien 886, 25. Lomb. Eisenbahn-Actien 648, 75. — Das Geschäft war im Allgemeinen gering, weil die Spekulanten in Folge der letzten Berichte aus Amerika unentschlossen blieben.

Danzig, den 9. März. Bahnpreise.

Weizen gut bunt, hellbunt, fein und hochbunt, 120/123 — 125/27 — 128/29 — 130/31 & von 51/53/56—58/59/61 — 62/63/64—65/66/67%. Br. nach Qualität per 85%.

Roggen 120/124/125 — 128/130/131 & von 35%/37/37% — 38½/39½/40 Br. per 81% &.

Erbsen 40—48 Br., lis 50 Br. für trockene.

Gerste, kleine 105 — 112 & von 26 — 30/30½/1 Br., große 110—118/19 & von 29/30—34 Br. Hafer 21—24 Br. Spiritus 13½ Br. per 8000% Tr. Getreide-Börse. Wetter: Schnee und风. Wind: West. — Auch heute war unser Weizenmarkt unverändert. Umsatz 80 Last. Bezahl für 121/2% sehr hell 345; 124% bunt 345; 125% hellfarbig 352½; 125½ hell 355; 126% bunt 375; 127/8% hellbunt 380; 132% hübsch glastig hochbunt 412½, per 85%. — Roggen matter, 121/2% 219; 124% 223½; 124/5% 125% 225, per 81% &. — Schöne weiße Erbsen 306 per 90%. — Spiritus 13½ Br. bezahlt.

Königsberg, 8. März. (R. H. B.) Wind: Ost. 0. Weizen unverändert, hochbunter 120/130 & 50/68 Br. Br., 117/122/123 & 44/52½ Br. bez., bunter 120/130 & 40/65 Br. Br., 123/124 & 50 Br. bez., rother 120/130 & 40/65 Br. Br. Roggen höher, loco 110/120/126 & 31/35/39 Br. Br., 117/122/125 & 33½/36½/38 Br. bez.; Termine unverändert, 80 & per Frühj. 38% Br. bez., 37½ Br. & 37 Br. Br., 120 & per Mai-Juni 38½ Br. bez., 37½ Br. & 37 Br. Br. Gerste flau, große 95/112 & 25/35 Br. Br., kleine 95/110 & 25/35 Br. Br. Hafer still, loco 70 82 & 19/27 Br. & 19/27 Br. Br. Frühj. 50 & 23/24½ Br. Br. Erbsen unverändert, weiße 30/55 Br. Br., 35 Br. bez., graue 30/80 Br. Br., grüne 30/52 Br. Br., 41½ Br. bez. Bohnen 38 Br. bez. Leinsaat flau, keine 108/112 & 75/100 Br. bez., mittel 104/112 & 55/75 Br. Br., 99 & 60 Br. bez., ordinäre 96/106 & 35/50 Br. Br. Kleesaat rothe 16/28 Br. per Cte. Br., 24% Br. bez., weiße 12/22 Br. per Br., 16 Br. bez. Thymothesaat 8/13 Br. per Cte. Br., 10½ Br. bez. Leinöl ohne Fass 12½ Br., Rüböl 12½ Br. per Cte. Br. Leinkuchen 57/65 Br. Br., 50/52 Br. per Cte. Br. — Spiritus. Den 8. März loco Verkäufer 14% Br., Käufer 13% Br. o. F.; den 8. März loco Verkäufer 14% Br., Käufer 13% Br. o. F.; per Frühj. Verkäufer 15% Br., Käufer 15% Br. incl. F. per Mai bis incl. Sept. Verkäufer 16% Br. incl. Fass in monatlichen Raten per 8000 p.C. Tralles.

Stettin, 8. März. (Ostl. Stg.) Weizen & Hauptet, loco per 85 & gelber 46 — 52½ Br. bez., 53/85 & gelber per Frühj. 53½ Br. bez. u. Br., Mai-Juni 54 Br. bez. u. Br., 50 Br. bez., ordinäre 96/106 & 35/50 Br. Br. Kleesaat rothe 16/28 Br. per Cte. Br., 24% Br. bez., 30 Br. bez. u. Br., Mai-Juni 34½ Br. bez. u. Br. — Gerste per 2000 & loco 33½ — 34½ Br. bez. u. Br., Mai-Juni 34½ Br. bez. u. Br. — Leinöl ohne Umsatz — Rüböl unverändert, loco 12 Br. bez. u. Br. — Spiritus wenig verändert, loco ohne Fass 13 Br. bez., März 13 Br. bez., Frühj. 13½ Br. bez. u. Br., Mai-Juni 13½ Br. bez. u. Br. — Angemeldet: Nichts. — Piment sein 8½ Br. tr. bez. — Baumlöß, Malaga 15% Br., Il. Geb. 16 Br. tr. bez. — Sonnenblumenöl 12½ Br. tr. bez. — Leinsamen, Windauer 14½ Br. bez. — Sardellen 1860er auf Lief. 15% Br. bez. — Hering, crown und fullbrand 13% Br. tr. bez., Ihnen crownbrand 10½ Br. bez., ungestempelt do. 9% Br. tr. bez.

Berlin, 8. März. Weizen per 2100 & loco 44—57 Br. nach Dual, bunt, poln. 55 Br. ab Bahn bez. — Roggen per 2000 & loco 81/82 & 35½ — ½ Br. ab Bahn bez., 36 Br. frei Mühlbez. März 35 Br. Br., Frühj. 35½ — 34½ Br.

